

Inhaltsverzeichnis

Spital Emmental

BE: Kanton setzt auf Therapien daheim statt im Spital
Der Bund

04.03.2019

TITELSEITE

Kanton setzt auf Therapien daheim statt im Spital

Gesundheitspolitik - Der Kanton Bern will Alternativen zu Behandlungen in Spital und Klinik testen. Für Menschen am Lebensende und für psychisch Kranke.

Brigitte Walser

In der heute beginnenden Frühlingssession befasst sich der bernische Grosse Rat mit der Betreuung am Lebensende. Damit unheilbar kranke Menschen nicht ins Spital müssen, sondern in den eigenen vier Wänden oder im Altersheim bleiben können, sieht der Regierungsrat einen dreijährigen Modellversuch mit sogenannten spezialisierten mobilen Palliativdiensten vor.

Diese Teams sollen Hausärzte, Spitäler und Spitex beraten, sich um Schnittstellen etwa zwischen Spital und Spitex kümmern und bei Bedarf auch Patienten direkt betreuen. Spricht der Grosse Rat den dafür vorgesehenen Kredit von knapp elf Millionen Franken, können die Palliativdienste Mitte Jahr starten. Das Bewerbungsverfahren für interessierte Anbieter solcher Dienstleistungen steht vor dem Abschluss.

Ein zweiter Versuch betrifft den Bereich Psychiatrie. Hier ist vorgesehen, dass interdisziplinäre Teams psychisch erkrankte Personen während einer gewissen Zeit zu Hause statt in der psychiatrischen Klinik betreuen. Dieser seit längerem geplante Versuch ist auf zwei Jahre ausgelegt, er soll ebenfalls dieses Jahr anlaufen. Gemäss Angaben der Gesundheitsdirektion ist hier das Bewerbungsverfahren für mögliche Anbieter bereits abgeschlossen.

In verschiedenen Kantonen sind beide Modelle schon etabliert, im Kanton Bern selber gibt es vereinzelt ähnliche Palliativ-Angebote. Sie entsprechen einem Bedürfnis. So wünschten beispielsweise in einer Umfrage im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit über 70 Prozent der Befragten, zu Hause zu sterben; nur 10 Prozent zogen das Spital vor.

Spitäler müssen umdenken

Lassen sich Spitalaufenthalte abwenden, können Kosten gesenkt werden. Auf Anfang Jahr hat der Bund deshalb auch eine Liste von Operationen in Kraft gesetzt, die Spitäler im Normalfall nur noch ambulant durchführen sollen, eine Übernachtung im Spital ist nicht mehr vorgesehen. Das wirkt sich auf die Spitäler aus. Auch im Kanton Bern mussten sie ihre Abläufe anpassen.

BERN SEITE 17

Und am Abend zurück nach Hause

Spitäler - Bei bestimmten Operationen ist eine Übernachtung im Spital nicht mehr vorgesehen. Das stellt Spitäler vor Probleme: Aus Kostengründen müssen sie in der Lage sein, «Schlag auf Schlag» zu operieren.

Brigitte Walser

Wer im Spital am Bein die Krampfadern operieren lässt, ist am selben Tag wieder daheim. Auch bei Behandlungen an den Hämorrhoiden und vier weiteren Operationen ist seit Anfang Jahr keine Übernachtung im Spitalbett mehr vorgesehen. Diese Verordnung des Bundes birgt ein beträchtliches Sparpotenzial. Im Kanton Bern erwartet die

Gesundheitsdirektion nun eine «Welle der Ambulantisierung», wie sie Ende Januar erläuterte. Eine von ihr eingesetzte Begleitgruppe warnte, dass die Spitäler auf diese Entwicklung ungenügend vorbereitet seien.

Das Spital in Burgdorf allerdings hat Vorkehrungen getroffen und die neuen Kurzestaufenthalte beim Um- und Neubau mitberücksichtigt. So wurden zwei neue Operationssäle auf ambulante Eingriffe ausgerichtet. Und in einem Gebäudetrakt des Spitals entstand eine Tagesklinik.

Damit habe das Spital quasi ein separates Zentrum für ambulante Eingriffe geschaffen und könne die ambulanten von den stationären Patientenströmen trennen, führt Stephan Vorburger, Chefarzt Chirurgie und stellvertretender CEO, auf Anfrage aus. Ohne diese Neuaufteilung der Patientenwege stossen Spitäler an logistische und finanzielle Grenzen. Christoph Schöni vom Verband der öffentlichen Spitäler bestätigt: «Wenn die einen Operationen ambulant und die anderen stationär und oft auch notfallmässig erfolgen, ist es eine Herausforderung, die Abläufe effizient zu gestalten.» Fällt die Übernachtung weg, nehmen Spitäler weniger Geld ein. Schöni und Vorburger bezeichnen ambulante Eingriffe als nicht einmal kostendeckend, umso wichtiger seien effiziente Abläufe. Die Operationen müssten in kurzen Abständen, quasi Schlag auf Schlag erfolgen können, so Vorburger. «Das gelingt nur in einem separaten, eingespielten Team, das tagsüber von den stationären Operationen getrennt ist.»

Luzern ist schon weiter

Der Kanton Luzern ist bereits einen Schritt weiter. Schon Mitte 2017 führte er eine eigene Liste mit ambulanten Operationen ein. Sie ist länger als jene des Bundes, zu Beginn umfasste sie rund ein Dutzend Eingriffe, inzwischen sind es sechzehn. Aus medizinischer Sicht habe nichts gegen die Einführung der Liste gesprochen, sagt Christos Pouskoulas, der beim Kanton Luzern die Gesundheitsversorgung leitet. Aber auch in Luzern hätten die Spitäler punkto Umsetzung und Finanzen Bedenken geäussert. «Die Liste erforderte ein Umdenken und neue Strukturen», sagt Pouskoulas. Der Wechsel habe jedoch gut geklappt. Die Spitäler entscheiden selbst, wann sie Patienten trotz der Liste über Nacht behalten, weil sie dies für nötig erachten, der Kanton hat Einsicht in diese Entscheide.

Für viele Patienten sei es ein Bedürfnis, am Abend wieder zu Hause zu sein. Dies schrieb der Kanton Zürich, als er 2018 ebenfalls eine eigene Liste in Kraft setzte. Die Liste ist aber auch ganz im Interesse der Kantone selbst, denn sobald ein Patient stationär aufgenommen wird, zahlen sie 55 Prozent der Spitalrechnung. Für ambulante Behandlungen hingegen sind alleine die Krankenkassen zuständig. Die Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich entlastet also die Kantonskassen, nicht die Krankenkassen. Weil ambulante Operationen insgesamt günstiger sind, hat der Wechsel im Idealfall jedoch keine Prämienhöhung zur Folge. Die Luzerner Resultate zeigen dies: In den ersten sechs Monaten konnte der Kanton 1,5 Millionen Franken einsparen. 2018 dürften es gemäss Pouskoulas über drei Millionen sein. Die Krankenkassen seien hingegen nicht stärker belastet worden. Auch für den Kanton Bern gibt es Berechnungen: Das Schweizerische Gesundheitsobservatorium macht durch die Verlagerung für den Kanton und damit die Steuerzahler ein Sparpotenzial von über 13 Millionen Franken aus. Für die Krankenkassen seien im Gegenzug Mehrkosten von lediglich einer halben Million zu erwarten.

Wandschmuck im OP-Saal

In Burgdorf kann man die zwei Säle für ambulante Operationen auf den ersten Blick von den anderen unterscheiden, auch wenn sie gemäss Vorburger vollwertige Operationssäle sind: Ihre Wände zieren grosse Bilder des Emmentals. Weil bei einem ambulanten Eingriff oft nur eine regionale Betäubung und keine Vollnarkose nötig sei, «sind viele Patienten wach und können die Umgebung wahrnehmen», so Vorburger. Deshalb habe das Spital nicht nur auf die technische Einrichtung, sondern auch auf das Ambiente und das Wohlfühl der Patienten geachtet. In den Sälen für stationäre Eingriffe habe man auf solchen «Luxus» verzichtet. Dort wurde stattdessen für mehr Platz und zusätzliche Monitore gesorgt

Grosse Mühe mit den Vorgaben

Nicht nur auf die Patienten wirkt sich die ambulante Liste aus, sondern auch auf das Spitalpersonal. Damit befasst sich die von der Gesundheitsdirektion eingesetzte Begleitgruppe ebenfalls. Ein Teil der Ärzte habe mit den Vorgaben grosse Mühe und empfinde sie als Eingriff in die Behandlungsfreiheit. Ausserdem müsse sich das Personal in neue Prozesse einarbeiten und könne nicht einfach verschoben werden. Die Begleitgruppe - sie besteht aus Vertretern von Spitälern, Ärzten, Krankenkassen, Spitex und Kanton - trifft sich in zwei Wochen, um die Erfahrungen der ersten Monate auszuwerten. Wie diese auch ausfallen: Der Trend von stationär hin zu ambulant wird sich fortsetzen, denn gemäss der Gesundheitsdirektion sind die Verlagerungsmöglichkeiten in der Schweiz bei weitem nicht ausgeschöpft. Und sie werden

mit dem medizinischen Fortschritt noch zahlreicher werden.

«Bei den ambulanten Operationssälen wurde auch auf das Wohlfühl der Patienten geachtet.»

Stephan Vorburger, Stellvertretender CEO Spital Emmental



Mit Blick aufs Emmental: Weil viele Patienten keine Vollnarkose mehr brauchen, schafft das Spital Burgdorf mit Wandbildern Ambiente im OP-Saal. Foto: Christian Merz (Keystone)

In den eigenen vier Wänden statt im Spital

Für Menschen am Lebensende und für psychisch Kranke will der Kanton Bern Alternativen zu Klinikaufenthalten testen.

Patienten sollen die letzte Lebensphase vermehrt zu Hause verbringen können. Dieses Ziel verfolgt der Kanton Bern mit einem dreijährigen Modellversuch ab Mitte Jahr. In der heute startenden Frühlingssession soll der Grosse Rat dafür einen Kredit von knapp 11 Millionen Franken sprechen. Das Geld ist für sogenannte spezialisierte mobile Palliativdienste (MPD) eingeplant. Das sind Teams, die Ärzten, Spitex, Pflegeheimen und Spitälern helfen, die Behandlung unheilbar kranker Patienten so abzustimmen, dass ein Spitalaufenthalt nicht nötig oder nur von einer klar begrenzten Dauer ist. Im Berner Jura und in Thun gibt es bereits entsprechende oder ähnliche Angebote.

Zwar erhofft sich der Kanton Bern von MPD auch ein gewisses Sparpotenzial, vor allem aber kommt er damit einem Bedürfnis der Bevölkerung nach. Bei einer Umfrage im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit gaben über 70 Prozent der Befragten an, zu Hause sterben zu wollen, lediglich 10 Prozent nannten das Spital als gewünschten Sterbeort.

Beraten, aber auch direkt betreuen

Das Bewerbungsverfahren für die MPD wurde im November gestartet und läuft gemäss Angaben der Gesundheitsdirektion noch bis Ende März. Gesucht wurden Fachleute der spezialisierten Palliative Care, welche einerseits Ärzte oder Pflegenden in der Begleitung der Patienten beraten, andererseits die Übergänge zwischen Spital, Spitex oder Pflegeheim koordinieren und schliesslich bei Bedarf Patientinnen und Patienten auch direkt betreuen.

Der Kredit von knapp 11 Millionen Franken ist dabei für jene Leistungen vorgesehen, die nicht von der Krankenkasse oder von bereits vorgesehenen Kantonsbeiträgen abgedeckt sind. Mit dem Versuch will der Kanton auch den Bedarf an solchen MPD im Kanton Bern klären. Die Gesundheitsdirektion geht derzeit von zehn MPD bis ins Jahr 2030 aus.

Eine Alternative zur Psychiatrie

Ein weiterer Modellversuch soll Alternativen zum stationären Aufenthalt in einer Psychiatrie aufzeigen. Er hätte bereits letztes Jahr starten sollen, nach Verzögerungen kann er gemäss der Gesundheitsdirektion nun dieses Jahr anlaufen. Vorgesehen sind Angebote für psychisch erkrankte Menschen, die eine intensive Betreuung und Behandlung an sieben Tagen der Woche benötigen. Statt in einer psychiatrischen Klinik sollen sie für eine begrenzte Zeit in ihren eigenen vier Wänden therapiert werden.

Bei diesem Modellversuch sei das Bewerbungsverfahren abgeschlossen, teilt die Gesundheitsdirektion mit, man bereite derzeit für drei Institutionen die Leistungsverträge vor: Mit der Betreuung Erwachsener werden das Spital Region Oberaargau und der psychiatrische Dienst des Spitals Simmental-Thun-Saenenland beauftragt, für Kinder und Jugendliche sind die Universitären Psychiatrischen Dienste Bern zuständig. Planmässig dauert der Modellversuch zur psychiatrischen Akutbehandlung zu Hause zwei Jahre und umfasst ein Budget von knapp 8 Millionen Franken. In anderen Kantonen, etwa Luzern, Aargau oder Zürich, gibt es diese Angebote bereits.

© Der Bund